



Zukunftschancen auch in schwierigen Zeiten sehen

Die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise haben bei den Menschen weltweit zu tiefer Verunsicherung geführt. Gespart wird seither auch bei dem, was tagtäglich auf den Tisch kommt. Während spendable Konjunkturprogramme des Staates für Banken und andere Wirtschaftszweige bereits lebhaft sprudelten, musste die Landwirtschaft in den vergangenen Monaten hart um jeden zusätzlichen Euro ringen. Wir haben zweifelsfrei Erfolge erzielt, aber wir möchten weitere Vorschläge realisiert haben, um unsere landwirtschaftlichen Betriebe für die Zukunft noch besser vorzubereiten.

Schwierige Zeiten haben unsere Betriebsleiter zurzeit in der Tat zu bewältigen. Unter den Milchviehhaltern geht blanke Existenzangst um. Nach dem sehr kurzen Hoch im Sommer 2007 folgte ein jäher Absturz der Preise, der sich jetzt endlich wieder umkehrt. Aber auch Ackerbauern und Veredlungsbetriebe können momentan kein Geld verdienen. Die globalen Vorzeichen dürfen darüber jedoch nicht vergessen werden: Sie versprechen einen Aufwärtstrend. Die Weltbevölkerung wächst stetig, insbesondere in den Schwellenländern werden sich die Menschen zukünftig mehr gönnen wollen. Sie übernehmen europäische Verzehrsgewohnheiten. Vor diesem Hintergrund ist es immens wichtig, dass wir uns weiter um wachsende Exportmärkte bemühen. Gerade unsere leistungsfähige niedersächsische Agrar- und Ernährungswirtschaft ist auf Kunden in möglichst vielen Ländern dieser Welt angewiesen. Der heimische Markt ist das Pflichtprogramm, aber den Kürlauf wollen wir in den wachstumsstarken Ländern im asiatischen Raum ebenso erfolgreich absolvieren.

Es ist daher nur erfreulich, dass im Bundestagswahlkampf für die Milchbauern nun endlich verlässliche Fakten geschaffen wurden, nachdem immer wieder Diskussionen um die Abschaffung der Saldierung und andere nationale Alleingänge aufgeflammt waren. Die aus Süddeutschland in eine - nicht nur aus unserer Sicht - völlig falsche Richtung geschobene Debatte hat viele Milchviehhalter verunsichert. Das hast das Börsenergebnis im November belegt und den zukunftsorientierten Milchviehhalter unnötige Kostensteigerungen

verursacht. Das zeigt aber auch sehr deutlich eine Studie des von Thünen-Instituts in Braunschweig. Der Verband hat dort analysieren lassen, wie sich die Milchwirtschaft in Niedersachsen entwickeln könnte. Wir haben zur Kenntnis nehmen dürfen, dass unter der Annahme eines mittleren Preisniveaus die Erzeugung voraussichtlich nicht dramatisch ansteigen wird. Von Quotenbefürwortern wird freilich anderes kolportiert. Die Betriebe werden zwar weiter wachsen, es werden aber auch viele Betriebe ihre Milchviehhaltung aufgeben, dagegen bieten nach den Ergebnissen der Studie auch höhere Preise keinen Schutz. Diesem Wandel werden wir uns nie verschließen können, er hat die Landwirtschaft wie alle anderen Wirtschaftszweige unaufhaltsam begleitet. Nachdenklich stimmt an der Studie, dass fast jeder zweite von 700 befragten niedersächsischen Milcherzeugern kein Konzept für die Zukunft seines Betriebes entwickelt hat. Wer keine Visionen hat, traut sich nicht recht auf dem Weg nach vorn und verliert den Mut. Wir wollen mithelfen, dass sie diesen Mut wiederfinden.

Die heftigen Auseinandersetzungen um den richtigen Weg in der zukünftigen Milchpolitik haben innerhalb des Verbandes Wunden geschlagen. Öffentliche Anfeindungen, persönliche Diffamierungen und Argumente, die nicht begründet, sondern nur lautstark waren, lassen sich weder mit den demokratischen Prinzipien unserer Gesellschaft noch denen unseres Verbandes vereinen. Es lässt sich sicherlich über verschiedene Wege zu einem Ziel streiten. Gute Demokraten akzeptieren aber

Ende Mai organisierte der Deutsche Bauernverband zwei große Protestveranstaltungen, unser Foto zeigt den Traktorenaufmarsch vor der Siegessäule in Berlin.



Bundeskanzlerin Angela Merkel informierte sich im Mai auf dem Milchviehbetrieb Heumann in Ritterhude.

stets die Mehrheitsmeinung. Wir wünschen uns, dass wir im persönlichen Gespräch viele von denen, die unsere Entscheidungen bislang nicht mittragen, überzeugen können. Damit sollte es auch in den Dörfern wieder zu einem harmonischen Miteinander kommen. Wenn wir uns öffentlich streiten, schwächen wir nur uns selbst!

Die neue Bundesregierung hat den Stellenwert der Landwirtschaft erkannt und im Koalitionsvertrag einige Argumente des Berufsstandes aufgegriffen. Die Verhandlungsführer aus unserem Bundesland haben hier stets eine eindeutige Linie vertreten, dafür haben wir Ministerpräsident Christian Wulff ausdrücklich gedankt. Mit den 500 Mio. Euro für das Grünlandmilchprogramm und weiteren Zusagen wie der Fortführung der Liquiditätshilfe oder dem Bundeszuschuss für die landwirtschaftliche Sozialversicherung stellt sich die Bundesregierung hinter die deutsche Agrarwirtschaft. Für eine unserer zentralen Forderungen aber müssen wir weiter um Unterstützung werben: Die Landwirte brauchen eine Risikoausgleichsrücklage. Dieses Instrument soll die eigenverantwortliche Risikoversorge der Landwirte stärken. In Anbetracht der naturbedingten Risiken und stark volatiler Märkte wird dies immer wichtiger. Aber auch Schwankungen des steuerlichen Gewinns können progressionsmildernd ausgeglichen werden, wobei sich eine Besteuerung der nachhaltigen Ertragsfähigkeit und damit letztlich auch eine gerechtere Steuerbelastung ergibt. Die Zusammenhänge lassen sich nicht immer leicht kommunizieren, aber wir werden bei diesem Thema vehement nachsetzen. Auch bei der Agrardieselbesteuerung haben wir einen ersten großen Schritt erreicht - darf jedoch noch nicht das letzte Wort gesprochen sein. Wir haben uns von Anfang an für eine Besteuerung wie bei unseren französischen Nachbarn eingesetzt, daran halten wir fest. Die jetzt im Koalitionsvertrag ausgehandelte Verlängerung der Regeln, die uns die Bundeskanzlerin nach massiven Protesten in Berlin selbst zugesagt hat, kann nur als ein erster Schritt gewertet werden.

Relativ robust hat sich trotz aller Widrigkeiten die Veredelungsbranche behaupten können. Die Produktionsausweitungen fanden dank einer rückläufigen Erzeugung in unseren europäischen Nachbarländern ihren Markt. Auch diese Beobachtung ist ein Beleg dafür, dass die Beschränkung auf nationale Märkte unseren unternehmerisch denkenden Landwirten keine Perspektive eröffnen kann. Die Abrechnungsvergleiche des Bauernverbandes belegen, dass in der Vermarktung noch Potenziale zu heben sind. Nach dem Sündenfall Tiererschutz-TÜV drohte mit der Debatte zur Ferkelkastration neues Ungemach. Unsere Position, die in der Düsseldorfer Erklärung breiten Konsens fand, steht. Erst wenn geeignete Verfahren zur Verfügung stehen, können wir die Diskussion unter neuen Vorzeichen beginnen.

Die Freude über eine gute Getreideernte, die zunächst niemand erwartet hatte, wurde gleich doppelt getrübt. Die Ackerbauern haben die Ernte zu hohen Kosten erzeugt, bislang aber nur sehr enttäuschende Preise Erlösen können. Kartoffel-, Gemüse- und Obstbauern erleben ebenfalls fast nur noch Preisdruck. Umso wichtiger ist die Zusammenarbeit mit den Repräsentanten der Vermarktungspartner und der Ernährungsindustrie, wir sind Glieder einer Kette und müssen gemeinsam

daran arbeiten, dem Markt wieder mehr Schwung zu verleihen. Ärgerlich ist es in dem Zusammenhang jedoch, wenn Verarbeitungsunternehmen und noch mehr der Lebensmitteleinzelhandel gesetzliche Vorgaben überbieten wollen. Wissenschaftlich fundierte Grenzwerte sind über jedes Wenn und Aber erhaben. „Sicherheitstoleranzen“, die einzelne Marktpartner nach Gutdünken festlegen, können nur als Effekthascherei bezeichnet werden. Sie dienen nicht dem gesundheitlichen Verbraucherschutz, sondern sollen nur das Profil einzelner Unternehmer auf Kosten der Landwirtschaft stärken. Dagegen wehren wir uns.

Mit Unverständnis stellen wir fest, wie rasch Bauvorhaben landwirtschaftlicher Betriebe, aber auch einzelner Marktpartner auf Widerstand in der Bevölkerung stoßen. Biogasanlagen, Windräder, Ställe oder auch Verarbeitungsunternehmen werden zum Gegenstand von Bürgerinitiativen. Unternehmer, die im ländlichen Raum investieren und etwas aufbauen wollen, sehen sich Anfeindungen und Kritik ausgesetzt. Es sind nicht allein immissionsschutz- oder baurechtliche Gründe, die ihnen ihre Investitionsabsichten zunichte machen wollen. Viele Kritiker melden sich mit vagen Argumenten, die eher „aus dem Bauch“ kommen und mit vielen Vorurteilen behaftet sind. Dagegen hilft nur die gründliche Auseinandersetzung mit der Kritik. Sicherlich ist auch die Landesregierung aufgerufen, in dieser Auseinandersetzung für klare Verhältnisse zu sorgen. Wenn eine Baugenehmigung erteilt ist, muss sie auch umgesetzt werden können.

Beharrlichkeit und echte Kärnerarbeit werden uns auf dem Feld der Umweltpolitik abverlangt. Pflanzenschutzmittel werden in der Bevölkerung kritisch beurteilt, obwohl selbst das Bundesinstitut für Risikoforschung die davon ausgehenden Gefahren als vernachlässigbar beurteilt. Bei dem im Januar nach zähem Ringen durch das EU-Parlament abgesegneten Pflanzenschutzrecht konnten wir extreme Vorschläge zurückweisen. Der Praxis werden aber einige bewährte Wirkstoffe fehlen. Überaus erfreulich stimmen dagegen erste Erfolge zur Begrenzung des Flächenverbrauchs. Auch hier trägt die niedersächsische Initiative in den Koalitionsverhandlungen erste Früchte. Wir erwarten, dass sich das Ersatzgeld mindestens gleichrangig neben der flächengebundenen Kompensation durchsetzen kann. Hiermit könnte sinnvoller Naturschutz betrieben werden. In einigen Regionen unseres Landes könnte damit die Flächenkonkurrenz zumindest etwas entspannt werden.



Im Vorfeld der Bundestagswahl interessierten sich viele Abgeordnete für landwirtschaftliche Themen, unser Foto zeigt den SPD-Angeordneten Bernhard Brinkmann aus Hildesheim.



Auf dem Bauerntag in Stuttgart wurde das Präsidium neu gewählt, Werner Hilde ist als Vizepräsident wieder dabei.

Intensive Diskussionen haben die Vorarbeiten zum neuen Förderpaket nach den Health-Check-Beschlüssen begleitet. Wichtig war und ist dem Verband der Grundsatz, die Mittel dort wieder zum Einsatz zu bringen, wo sie vorab gekürzt wurden. Die Begehrlichkeiten, die bei Verteilung der Modulationsmittel zu beobachten waren, sind aber bei Umweltschutzlobbyisten ebenso ausgeprägt wie bei einigen Kommunalpolitikern. Wir fühlen uns in der Überzeugung bestärkt, dass Modulation und Degression von uns nicht gut geheißt werden können. Bei der Berechnung der Direktzahlungen sollte jeder Hektar gleich zählen. Diese Prämisse muss auch für die neue Förderperiode ab 2013 gelten, die hinter den Kulissen bereits vorbereitet wird. Wider Erwarten ruhig ist im Frühjahr die Transparenzinitiative über die Bühne gegangen. Die von der EU angeordnete Veröffentlichung aller Empfänger von Direktzahlungen im Internet hat sicherlich einige Neugierige auf den Plan gerufen. Die öffentliche Diskussion ist aber recht schnell wieder abgeebbt.

Optimismus verbreiten die Teilnehmer unseres Studienkurses. Es stimmt hoffnungsvoll, mit wie viel Begeisterung und Elan junge Menschen sich für ihren Betrieb und den Berufsstand engagieren und mit welcher Ausdauer sie sich auf die Übernahme von Aufgaben in Ehrenämtern vorbereiten. Es ist für uns alle eine immens wichtige Aufgabe, jungen Talenten eine Chance zu geben, sie zu fördern und zu fordern und damit das Feld für die Zukunft zu bereiten. Dies hat in herausgehobener Weise auch der Berufswettbewerb der Landjugend unter Beweis gestellt, den in diesem Jahr Niedersachsen ausrichten durfte. Unter dem Motto „Grüne Berufe sind voller Leben – wir fürs Land“ hat der Wettbewerb Werbung für die vielen Sparten der grünen Berufe gemacht. Die angehenden Land- und Forstwirte, Tierwirte oder Hauswirtschafterinnen sind sympathische Botschafter, die sich die Herzen der Mitmenschen erobern.

Viel Aufmerksamkeit hat in den Medien die Debatte um die Milchpolitik hervorgerufen. Nicht alle Schlagzeilen haben uns gefreut. Obwohl wir uns über das Interesse der Journalisten an unseren Belangen freuen, wünsche ich mir zu diesem Themenbereich für das kommende Jahr etwas mehr Besonnenheit

und manchmal auch ein wenig mehr Objektivität. Gern stehen wir für Fragen und Positionen bereit. Ein positives Echo hat der Besuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel auf einem Milchviehbetrieb bei Ritterhude ausgelöst. Die große Demo im Mai in Berlin hat eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass Solidarität in unseren Reihen kein leeres Versprechen ist. Und der Treckeraufmarsch an der Siegestsäule hat sogar politische Zusagen nach sich gezogen.

Das öffentliche Säbelrasseln sollte dennoch die Ausnahme bleiben. Der Deutsche Bauernverband und das Landvolk Niedersachsen haben sich bei Politikern, Wissenschaftlern, Repräsentanten wichtiger Institutionen und Organisationen und auch europäischen Entscheidungsgremien Reputation und Anerkennung erworben. Unser Wort gilt, wir werden angehört, um Rat gefragt und bei der Lösung konfliktträchtiger Fragen einbezogen. Nicht immer können wir unsere Anliegen 1 : 1 umsetzen. Aber wir können häufig wertvolle Hinweise geben und mit unserem Sachverstand an realitätsnahen Lösungen mitwirken. Das geschieht leise und unauffällig im Hintergrund, ohne große Schlagzeilen am anderen Morgen in den Gazetten.

So wie wir im Landesverband vorurteilsfrei auf Entscheidungsträger zugehen, sollte jede Bäuerin und jeder Bauer auf den Höfen mit seinen Nachbarn im Gespräch bleiben. Eine große Vorreiterrolle haben dabei die Direktvermarkter, die Anbieter von Urlaub auf dem Bauernhof und auch unsere Landfrauen übernommen. Sie sind es vielfach, die in Schulen, Vereinen und der dörflichen Gemeinschaft die Brücke zur nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung schlagen. In Schulen vermitteln sie Kindern das Ernährungswissen, das sie zu Hause nicht mehr mitbekommen, und auf Ausstellungen sind sie Botschafterinnen für die vielfältigen Genüsse aus unserem Agrarland Niedersachsen. Auch dieser Einsatz wird vielfach ehrenamtlich geleistet, dafür gebührt allen Beteiligten ein herzliches Dankeschön.

Unsere Betriebe bleiben in Bewegung, wir persönlich sehen darin keine Bedrohung, sondern den sehr deutlichen Beweis, dass Agrarwirtschaft eine sehr lebendige Branche ist. Die Agritechnica in Hannover hat erneut belegt, dass Landwirtschaft weltweit als Zu-

kunftsbranche eingestuft wird. Nicht nur Technik und Maschinen, auch neue Technologien werden auf den Höfen zum Einsatz kommen. Wir wünschen uns auch im Bereich Gentechnologie eine weniger ideologisch verbrämte, sondern wissenschaftlich abgesicherte Abwägung echter Vor- und Nachteile. Davon sind wir zurzeit noch weit entfernt. Die großen Herausforderungen unserer Zeit, die Bewältigung des Welthungers oder die Abmilderung des Klimawandels, verlangen innovative Entscheidungen, die nicht aus mitteleuropäischer oder gar deutscher Sicht getroffen werden können. Allerdings erwarten wir beispielsweise beim Klimawandel eine Diskussion, die möglichst alle Aspekte der vielschichtigen Problematik berücksichtigt.

Bewegung hat es nicht nur auf den Höfen gegeben, die sich neue Standbeine gesucht haben oder größer geworden sind. Auch die Struktur unseres Verbandes wird immer wieder nachjustiert. In einigen Regionen haben sich Kreisverbände zusammengeschlossen. Sie können die Arbeit auf mehrere Schultern verteilen. Davon profitieren die Mitglieder: Sie erhalten auf regionaler Ebene kompetente Ansprechpartner. Die Wege bleiben kurz, weil in der Regel das Netz der Geschäftsstellen nicht ausgedünnt wird. Das Landvolk Niedersachsen sucht die Nähe zu den Landwirten und begleitet die Familien von der Betriebsübernahme bis hin zu Altenteilsverträgen. Auch hier können im persönlichen Gespräch viele Probleme direkt gelöst werden. Und über die geringere Agrardieselbesteuerung, für die wir uns eingesetzt haben, hat so mancher Betriebsleiter das Geld für den Landvolkbeitrag bereits verdient!

Die ehren- und hauptamtlichen Mitstreiter unseres Verbandes fühlen sich wie in einer großen Familie. Manchmal wird gestritten, ein anderes Mal überwiegt die Freude über gute Arbeit, aber wie in einer echten Familie zählt der Zusammenhalt. In den Kreisverbänden und den Ortsvereinen tauschen sich die Mitglieder in der Region aus. In den Bezirken werden die überregionalen Interessen gebündelt. Und die Landesgeschäftsstelle schließlich horcht immer wieder in die verschiedenen Regionen, um zu einem fairen Ausgleich aller Interessen zu kommen. Über den Deut-

schen Bauernverband und den europäischen Bauernverband COPA finden sich manche unserer Vorschläge schließlich in europäischen Initiativen wieder.

Leider können wir persönlich nicht alle Kreisverbände in jedem Jahr besuchen. Gemeinsam mit den Kreisvorsitzenden haben wir besprochen, dass wir gerade den Multiplikatoren an der Basis die Gelegenheit geben wollen, dass sie ihre Interessen in gemeinsamen Gesprächen auf Bezirksebene dem Präsidium und verantwortlichen vorbringen können sollen. Dieses werden wir im kommenden Jahr anbieten. Auch unsere Referenten, die überall im Lande immer gern gesehene Gäste sind, vermitteln uns die Wünsche, Anregungen und noch mehr Probleme aus den unterschiedlichsten Regionen unseres Landes. Über unser inzwischen recht vielseitiges Informationsangebot – von der Land & Forst über die Infobriefe bis hin zum Internet – halten wir unsere Mitglieder schnell, prägnant und vorurteilsfrei auf dem neuesten Stand. Nutzen Sie dazu auch unseren überarbeiteten Internetauftritt, der unter www.landvolk.net stets aktuelle Nachrichten und Positionen aus dem Landvolk Niedersachsen anbietet.

Viele Themen haben uns im abgelaufenen Geschäftsjahr bewegt, nicht alle können wir in diesem kurzen Abriss über die vergangenen zwölf Monate ansprechen. Lesen Sie dazu auch die ausführlichen Berichte der Fachreferenten auf den folgenden Seiten. Sie tragen Informationen aus Hannover, Berlin und Brüssel zusammen und bewerten sie aus niedersächsischer Sicht. Die Konsequenzen aus diesen Informationen müssen allerdings die Betriebsleiter mit ihren Familien selbst ziehen. Dabei dürfen sie auf die Unterstützung der Kreisverbände vertrauen, aber entscheiden müssen sie als Unternehmer selbst. Allen ehren- und hauptamtlichen Mitstreitern gebührt unser Dank für ihre Arbeit, ob auf Orts-, Kreis- oder Landesebene: Unsere Erfolge wurden von vielen gemeinsam erarbeitet. Sie wären aber ebenfalls nicht möglich gewesen, wenn wir nicht Verbündete in Politik, Behörden und Organisationen hätten. Auch dort fühlen sich viele Menschen einer starken Landwirtschaft in einem starken Agrarland Niedersachsen verpflichtet. Unsere ländlichen Räume leben von der Vielfalt unserer bäuerlichen Familienbetriebe, dafür setzen wir uns auch in Zukunft ein.



C. Sei



[Handwritten signature]



J. Oehl